

Grosser Gemeinderat

Worb, 20. Mai 2021

### **403. Sitzungsprotokoll**

Termin	Montag, 17. Mai 2021, 19:30 Uhr
Sitzungsende	20:22 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Fivian Bruno (SVP), Präsident
1. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
2. Vizepräsident	Santschi Jürg (BDP)
1. Stimmzähler	Federer Guido (SP)
2. Stimmzähler	Zingg Stephan (SVP)
Mitglieder	Cetin Mayk (EVP) Moser-Utiger Silvia (EVP) Stauffer Michael (EVP) Stöckli Rolf (EVP)  Christensen Sven (FDP) Kölliker Lenka (FDP) Lanfranconi Elena (FDP) Marchand Andy (FDP) Rothenbühler Marc (FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Stucki Daniel (FDP)  Hofer Thomas (BDP) Jost-Pfister Catarina (GLP) Moser Regina (CVP) Wyss Eduard (BDP) Zürcher Deborah (parteilos)  Aebersold Daniel (SVP) Bigler Markus (SVP) Kohli Stephan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP)  Bircher Andreas (SP) Büchel-Wampfler Sandra (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Goetschi Thomas (SP) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Von Arx Roland (Grüne) Wenger Claude (Grüne)
Abwesend	Cavargna Tiziano (SP)

Günther Paula (Grüne)  
Jorio Marco (GLP)  
Stucki Simon (SVP)

Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Lädrach Markus Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

**Geschäfte**

1. 12/0/0 Parlament  
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament  
Protokoll der Sitzung vom 22. März 2021: Genehmigung
3. 32/1/4 Gemeindebibliothek (Parzelle 3968)  
Gemeindebibliothek Worb, Schmitteplatz 4, Erwerb; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
4. 33/10 Werkhof-Fahrzeuge, -Geräte, -Material  
Kommunalfahrzeug Meili VM 3500 I (2009); Ersatzbeschaffung: Kreditbewilligung
5. 12/0/0 Parlament  
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

## Traktandenliste

### Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

## Verhandlungen

## Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 403	17.05.2021	1	2021/24-24	143	12/0/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Wir haben am 6. Mai im Anzeiger publiziert, dass die Mitwirkung zur Teilortsplanungsrevision TOP 2020 durchgeführt wird. In der Teilortsplanungsrevision sind eigentlich zwei Sachen. Das Erste ist: Wir werden alle Pläne im Bereich der neuen Worble nachführen, dass sie wieder der Realität entsprechen. Durch den Bau des neuen Flusses haben sich einfach Sachen in der Überbauungsordnung verändert, wo jetzt wieder angepasst werden müssen. Das sind Änderungen, die im sogenannten gemischt-geringfügigen Verfahren vorgenommen werden können und man kann hier auf eine Mitwirkung verzichten, also muss man da auch nichts mehr dazu sagen. Das ist auch klar, denn die Realität ist ja schon und nun versucht man noch, die Pläne gemäss der Realität nachzuführen. Aber bei den zwei weiteren Anliegen geht es tatsächlich um Umzonungen, wo eine Mitwirkung durchgeführt werden muss. Die erste Umzonung betrifft die Parzelle der "Filzi" in Enggistein. Dort ist vorgesehen, dass die "Filzi" neu in der Arbeitszone B eingezont sein soll. Die Arbeitszone B lässt mehr Nutzungen zu, als es jetzt möglich ist. Das ist nötig. Der Grundeigentümer hat dies so bei uns beantragt. Die zweite Umzonung betrifft dann das Bauernhaus von Urs Bernhard an der Mühlestrasse 21. Das Gebäude, das ist das sogenannte Schlossgut, wird landwirtschaftlich nicht mehr genutzt und dass man das Haus weiterhin sinnvoll nutzen kann, soll die Parzelle in der Wohnzone W3 eingezont werden. Beide Parzellen sind im Rahmen der Ortsplanungsrevision ausgestanzt worden und daher können wir nun die Umzonungen im Rahmen von einem separaten Verfahren durchführen. Ich bitte euch, die Unterlagen zu studieren und anschliessend eure Stellungnahmen bis am 7. Juni bei der Bauabteilung einzureichen. Das war das Erste. Das Zweite ist: Bei der nächsten GGR-Sitzung werden wir gerne einen Informationsanlass durchführen und zwar einfach vorgängig zu der GGR-Sitzung. Wir beginnen bereits um 18:30 Uhr und als Erstes wird Herr Lauper von der Firma Halter AG, das ist die Firma, welche in der Sternenmatte am Planen ist, uns über das Richtkonzept für diese Überbauung informieren. Das ist ab 18:30 Uhr. Ab 19:00 Uhr wird dann Rolf Nötiger da sein, der Verwaltungsratspräsident von der Sportzentrum Worb AG. Er wird über die vorgesehene Sanierung von der Kälteanlage und von der Eishalle orientieren. Ich bitte euch, diese Stunde vor der GGR-Sitzung freizuhalten. Die GGR-Sitzung ist ja bekanntlich am 21. Juni. Ihr werdet selbstverständlich noch eine Einladung dazu erhalten. Und dann hat mich Bruno Wermuth vorhin noch gerade orientiert. Ihr wisst ja, dass in der Sternenmatte auch ein Spielplatz entstehen soll. Das ist etwas, was fest vorgesehen ist vom neuen Grundeigentümer, der Halter AG und für uns ist die Frage zu klären, ob dieser Spielplatz nun tatsächlich die Rolle als Gemeindespielplatz übernehmen soll. Und wir möchten diese Frage mit der Spezialkommission klären, welche wir vor einiger Zeit ins Leben gerufen haben. Bruno Wermuth wird euch dazu kurzum eine Einladung zustellen, sodass die Mitglieder dieser Kommission sich der Frage stellen können, ob dieser Spielplatz die Rolle als Gemeindespielplatz übernehmen soll. Das waren meine Mitteilungen.

Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Der Gemeinderat hat Mitte April beschlossen, dass alle Schülerinnen und Schüler von der Gemeinde Worb die Möglichkeit erhalten, an den sogenannten Corona-Massentests oder wie man ganz neu sagt Breitentests, mitmachen zu können. Für die Schulleitungen und für die Klassenlehrpersonen, aber auch für die Verwaltung hat das kurzfristig ein ziemlicher Aufwand benötigt, um diese Sachen zu koordinieren, aber das klappte und funktioniert. Die Tests, es sind Speicheltests und nicht etwa diese in die Nase oder in den Rachen, die etwas angenehmer sind, die sind freiwillig für die Schülerinnen und Schüler. Das heisst, die Eltern oder die Erziehungsberechtigten mussten eine Einverständniserklärung unterschreiben. Seit Anfang Mai laufen nun diese Tests an allen Schulstandorten, also in jedem Schulhaus, das wir haben, von der 1. bis zu der 9. Klasse. Die Kindergärten sind davon ausgeschlossen. Bis jetzt ist

zweimal getestet worden. Sie finden immer am Dienstagmorgen statt, also morgen ist das dritte Mal. Interessant und damit habe ich nicht gerechnet, die beiden ersten Male sind alle Tests negativ ausgefallen. Und nun kommen wir wieder zu der Definition negativ und positiv, denn negativ ist positiv und positiv ist negativ, aber ihr versteht mich wahrscheinlich schon, was es ist. Man hat oder anders herum, nirgends das Coronavirus nachweisen können. Das kann ändern, das wissen wir. Wir sind aber vorbereitet darauf, wie man dort vorgehen muss. Diese ganzen Tests sollen vorerst bis vor den Herbstferien durchgeführt werden, also bis im September. Es ist eine hohe Beteiligung von den Kindern, welche teilnehmen dürfen. Es sind knapp 90 % von allen Schülerinnen und Schüler.

Lädach Markus, Departementvorsteher Finanzen: Ich möchte kurz über das Geschäft Leistungsabbau und Aufgabenüberprüfung informieren. Das Geschäft kann aufgrund des Umfangs und der ganzen Komplexität nicht, wie von mir Anfang Jahr eigentlich angekündigt, vor den Sommerferien im GGR behandelt werden. Wir haben von den Verwaltungsabteilungen sehr viele Vorschläge und sehr viele Stellungnahmen zu Massnahmen erhalten. Wir sind regelrecht überhäuft worden. Der Gemeinderat hat diese nun in Gruppen priorisiert und wird das Geschäft am 31. Mai in erster Lesung beraten. Es ist anschliessend vorgesehen, dass man, wie damals beim Projekt "OPTA", eine Vernehmlassung zu den vielen Vorschlägen bei den Parteien im Juni durchführen wird und der GGR am 13. September eine bereinigte Gesamtübersicht mit Vorschlägen vom Gemeinderat und den Stellungnahmen der Parteien beschliessen kann. Die vom GGR beschlossenen Massnahmen, welche keine Reglementsänderungen zur Folge hätten, fliessen gerade noch ins Budget. Solche, die aber Reglementsänderungen zur Folge hätten oder erst gemacht werden müssen, werden somit erst ab 2023 wirksam werden können. Wir bitten primär die Parteien, die entsprechenden Ressourcen für die Vernehmlassung im Juni einzuplanen. Die Finanzkommission wird aber schon vor den Besprechungen zum Budget 2022 mit den Verwaltungsabteilungen in den Prozess eingebunden, um aufgeführte Sparmöglichkeiten für das kommende Jahr schon einfliessen lassen zu können. Budget und Finanzplan werden, auch wenn es in diesem Mass etwas länger dauert als geplant, wie ursprünglich geplant, am 18. Oktober im GGR behandelt werden.

Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Ich habe noch eine Mitteilung im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsraum Wattenwil-Bangerten. Seiner Zeit, genau am 27. April 2009 hat man einen Sanierungskredit oder Umbaukredit für den Gemeinschaftsraum hier im GGR von 210'000 Franken bewilligt. Obschon schon dazumal ein Kostenvoranschlag oder eine Kostenschätzung von der Architektur Kämpfer Erwin von knapp 240'000 Franken inklusive Mehrwertsteuer gemacht worden ist, ist man hier im Parlament seiner Zeit 210'000 Franken holen gegangen. Mittlerweile merkt man, sie haben nun begonnen zu bauen, die Baubewilligung ist da vom Regierungsstatthalter, dass dieser Kredit sicher nicht ausreichen wird. Das ist nun einmal klar, weil im Zusammenhang mit Stockwerkeigentum muss man sich natürlich zum Beispiel auch an der Sanierung sei dies auf dem Dach oder dem Gebäude oder was auch immer beteiligen. Auf jeden Fall ist es so, dass wir hier den Kredit geholt haben und wenn es einen Nachkredit gibt, dann müssen wir diesen auch wieder bei Parlament holen gehen. Wir werden bemüht sein, so schnell wie möglich diesen Nachkredit zu holen und das wird an der nächsten Sitzung stattfinden, so als Vorinformation.

Christensen Sven, FDP: Eigentlich freut es mich, euch alle wieder einmal zu sehen. Im Rahmen von unserer letzten Fraktionssitzung ist bei uns mehrmals die Frage aufgetaucht: Ist es wirklich nötig, für die heutige Sitzung oder für die zwei Geschäfte, die wir heute haben, eine Sitzung einzuberufen? Das Eine ist eine Kenntnisnahme aus dem Jahr 2002, wo nicht einmal mehr die Verwaltung weiss, wer zuständig ist und das Andere ist ein Geschäft vom Meili, wie vor zwei Jahren, wo ich schon einmal da oben sass und es mitverfolgen konnte. Also die Frage ist einfach, macht es wirklich Sinn, für so zwei kleine Geschäfte alle aufzubieten und die Frage ist einfach, vermögen wir das mit unseren Gemeindefinanzen und mit den Ressourcen oder sollten wir dort nicht rücksichtsvoller umgehen. Dazu haben wir auch eine Interpellation eingegeben mit der Frage "Effiziente Planung der Parlamentssitzungen".

Marchand Andy, FDP: Ich ergreife die Gelegenheit spontan noch schnell etwas zu dem zu sagen, was Christoph Moser vorhin gesagt hat. Und zwar zu einem Teil in eigener Sache. Wie ein paar von euch wissen, arbeite ich seit Beginn der Pandemie für das Kantonsarztamt als Servicemanager Covid-19 und es freut mich, auch gerade bei dieser Gelegenheit sagen zu dürfen, dass bei uns, kantonsseitig, viele gute Rückmeldungen über die Gemeinde Worb eingehen. Das betrifft einerseits die Schule, also das ist die Compliance, welche die Schule hier macht, ist sehr hoch. Das ist so ein Stichwort, das einfach geläutet hat, das man hört. Und gleichzeitig wissen

wir ja auch, die Tests, wo wir gerade gehört oder du gerade davon erzählt hast, sind jetzt zum Glück negativ ausgefallen, aber wir haben auch schon oder der Kanton musste auch schon Teilschliessungen des Schulstandorts Rüfenacht mitbeschliessen. Aber dort ist sowohl von Seite der Bevölkerung als aber auch von Seite der Schulen und von Seite der Verwaltung top Arbeit geleistet worden. Und ich finde, dass darf man hier auch einmal erwähnen. In diesem Zusammenhang darf ich auch sagen, ich habe in der Rolle, welche ich dort im Moment spiele, zwischendurch auch Kontakt mit der Leiterin der Polizeiabteilung gehabt, die mir auch etwas erzählt oder Fragen gestellt hat zur Art, wie dass die Verwaltung mit dieser ganzen Krise hier umgeht. Ich muss wirklich sagen, im Vergleich zu anderen Gemeinden, wo wir auch andere Sachen hören, spielt dort Worb eine vorzügliche Rolle und macht den Job sehr gut. Ich glaube, dass darf hier auch einmal gesagt sein. Von meiner Seite her, so wie ich es mitbekomme, dass was die letzten eineinhalb Jahre hier geleistet worden ist, top Arbeit, besten Dank und das darf so auch gewürdigt werden. Bravo!

## Protokoll der Sitzung vom 22. März 2021: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 403	17.05.2021	2	2021/24-25	144	12/0/0

### Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

## Gemeindebibliothek Worb, Schmitteplatz 4, Erwerb; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 403	17.05.2021	3	2021/24-26	22558	32/1/4

### Detailberatung

Marchand Andy, ASK: Aus Sicht der ASK macht eine detaillierte Überprüfung der Kreditabrechnung keinen Sinn, da diese fast 20-jährig ist und zumal die Liegenschaft mittlerweile wieder veräussert wurde. Im Zusammenhang mit weiteren ausstehenden alten Kreditabrechnungen, wir wissen wovon die Rede ist, hat die ASK die Finanzverwaltung angefragt, ob wir diese in der ASK nicht als Gesamtpaket behandeln könnten. Gemäss Jonas Weil ist es auch im Interesse der Finanzabteilung, dass die Kredite zeitgerecht bzw. zeitgerechter abgerechnet werden. Es gibt aber auch Gründe, welche dies verunmöglichen. Zum Beispiel, wenn die Ausgaben getätigt wurden, aber noch ein Investitionsbeitrag erwartet wird. Ein Gesamtpaket ist darum von der Finanzabteilung nicht erwünscht. Die Abteilungen werden aber aufgefordert, die Kredite möglichst zügig abzurechnen. Dass in letzter Zeit viele Investitionskredite zur Abrechnung vorgelegt wurden, ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Die ASK nimmt allerdings zur Kenntnis, dass gemäss der Verpflichtungskreditkontrolle per 31. Dezember 2020 noch immer viele Kredite hängig sind, welche noch abgerechnet werden müssten. Die ASK bedankt sich beim Finanzverwalter Jonas Weil für die detaillierte Auskunft. Nichts desto trotz wünscht sich die ASK, insbesondere im Zusammenhang mit der vorliegenden Kreditabrechnung Bibliothek Schmitteplatz, bei der aus heutiger Sicht nicht mehr eruiert werden kann, welche Abteilung damals die Federführung hatte, dass detaillierte Archivunterlagen auch über die normale Archivierungspflicht aufbewahrt werden sollen, solange die entsprechenden politischen Vorgänge noch hängig sind.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Unsere Fraktion Mitte und glp ist unzufrieden, dass es mit den Investitionsabrechnungen im Schnecken tempo vorwärts geht. Aber es geht zumindest ein wenig etwas. Es könnte noch schneller sein. Dass jetzt eine 19-jährige Abrechnung vorliegt, passt bestens ins Bild. Positiv ist, dass man daran ist, die Sachen aufzuarbeiten. Über die Langsamkeit, die Aufarbeitung und die Verzögerungen von früher haben wir genügend gesprochen. Dies wissen wir, lassen wir dies. Uns hat jedoch eigentlich ein anderer Punkt aufgeschreckt und wir haben es geschätzt, dass der GR ehrlich war und uns ein Hinweis zum vorliegenden Fall gab. Aufgeschreckt hat uns, wie es passieren kann, dass zwei Abteilungen voneinander nicht wissen, was sie machen. Dies kann man jetzt vielleicht im Nachhinein sagen. Wir wissen nicht, wie die Situation damals war, aber Fakt ist, dass hier irgendjemand den Job nicht gemacht hat. Seien dies die Abteilungsleiter oder sogar

der Gemeinderat, wo die Sache nicht klar zugewiesen und es einfach schlitteln gelassen hat. Natürlich nehmen wir jetzt diese Abrechnung erleichtert zur Kenntnis, aber mit grossem Murren und hoffen, dass man in Zukunft daraus lernen kann.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Es ist klar, Catarina Jost hat es gesagt, wir haben im letzten Dezember genügend über die ausstehenden Kreditabrechnungen diskutiert. Es wurde auch ein politischer Vorstoss aus verständlichen Gründen dazu gemacht. Man hat dort auch erläutert, warum solche Sachen passieren können. Es wurde jetzt zum Teil auch im Zusammenhang mit den Bauabrechnungen angetönt, dass Beiträge beispielsweise vom Kanton lange nicht kommen und so die Abrechnungen lange nicht abgeschlossen werden können. Dieser Kauf der Gemeindebibliothek im 2002 ist tatsächlich dieser, welcher am längsten her ist. Ich kann euch versichern, dass keine älteren mehr kommen. Im Nachhinein über die Zuständigkeiten zu diskutieren, bringt tatsächlich nichts. Wir müssen nach vorne schauen. Den Unmut, welcher geäussert wurde, nehmen wir in der Verwaltung und auch im Gemeinderat sehr ernst. Wir sind daran, dass wir diese Abschlüsse früh machen. Was heisst früh? Wenn wir hier die Liste der Verpflichtungskredite anschauen, dann haben wir hier noch einen aus dem Jahr 2007 über 35'000 Franken für einen digitalen Leistungskataster. Was soll dies? Warum ist dieser noch nicht abgeschlossen? Dies hat einen Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision und dann auch wieder mit der neuen Ortsplanung. Diesen Verpflichtungskredit kann man einfach noch nicht abschliessen. Dann ist hier zum Beispiel noch ein weiterer Kredit, welcher noch nicht so alt ist und zwar der Kredit für den Kindergarten Hänsel und Gretel, welcher im 2017 bewilligt wurde. Aber für in Erinnerung zu rufen, konnte man erst drei Jahre später mit dem Bau beginnen. Dies kommt einfach auch noch dazu. Dies gilt nicht als Entschuldigung, aber es gilt einfach auch aufzuzeigen, dass gewisse Prozesse innerhalb der Verwaltung effizient und zeitnahe gemacht werden müssen, aber es gibt auch Prozesse, welche wir von der Verwaltung nicht beeinflussen können. Auch im Zusammenhang mit der Umfahrung Worb ist immer noch nicht alles abgeschlossen. Es sind immer noch GWP-Abrechnungen im Zusammenhang mit der Renaturierung der Worble offen. Dies sind solche Prozesse, welche sehr mühsam und langfädig sind. Das Ziel ist jedoch und dies ist das Anliegen von uns allen, welche verantwortlich sind, dass wir in Zukunft die alten Sachen, so schnell wie möglich, abbauen und dann die Kredite, so zeitnahe wie möglich, hier im GGR zur Kenntnis bringen.

Feststellung:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

*Gemeindebibliothek Worb, Schmitteplatz 4: Erwerb*

Bewilligter Kredit	CHF	363'000.00
Beanspruchte Mittel	CHF	362'794.90
Kreditunterschreitung	CHF	<u>205.10</u>

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

**Kommunalfahrzeug Meili VM 3500 I (2009); Ersatzbeschaffung: Kreditbewilligung**

Sitzung Nr. 403	Datum 17.05.2021	Traktandum 4	Beschlussnummer 2021/24-27	Geschäftsnummer 23046	Archivnummer 33/10
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Stöckli Rolf, GPK: Mit dem vorliegenden Geschäft wird dem GGR ein Investitionskredit beantragt, damit der Meili VM 3500 I aus dem Jahr 2009 ersetzt werden kann. Weitere Details zu den Anforderungen des Fahrzeuges und zur Variantenprüfung können der Botschaft entnommen werden. Ein dieselbetriebenes Kommunalfahrzeug kostet gemäss Richtofferte rund 210'000 Franken. Die Bau- und die Finanzkommission haben dem GR einen entsprechenden Antrag gestellt. Der GR ist der Auffassung, dass die Ausschreibung zu diesem Auftrag die Anbieter veranlassen könnte, ein tieferer Preis zu offerieren. Dies obwohl der Schweizer-Markt klein ist und deshalb kein ausgeprägter Wettbewerb herrscht. Er stellt deshalb dem GGR letztlich den Antrag ein Betrag

von 190'000 Franken zu bewilligen. Im Finanzplan 2021 – 2025 sind für die Ersatzbeschaffung im Jahr 2021 180'000 Franken aufgeführt. Die Botschaft ist umfassend und die Argumente werden offen dargelegt. Das bisherige Fahrzeug ist nicht mehr im Einsatz. Ein neues Fahrzeug drängt sich sofort auf. Die GPK begrüsst, dass Varianten geprüft wurden. Sie stört sich jedoch daran, dass mit dem Preis spekuliert wird und bereits ein tieferer Preis als in der Richtofferte angenommen wird. Die GPK wünscht sich ausserdem Auskunft darüber, was mit dem bisherigen Fahrzeug passiert und ob es allenfalls an den Preis des neuen Kommunalfahrzeuges angerechnet wird. Wir von der GPK beantragen dem Grossen Gemeinderat die Kreditbewilligung für den Ersatz des Meili zu behandeln.

Wyss Eduard, Mitte/glp: Das Meiste wurde vorhin bereits gesagt. Wir von der Fraktion Mitte/glp sind dafür, dass man den Kredit bewilligt. Es wurde gut geprüft, was ausserhalb eines Kommunalfahrzeuges in Frage kommen würde. Am Schluss ist man jedoch dennoch wieder beim Kommunalfahrzeug gelandet, da es die Anforderungen am besten erfüllt. Es stört ein wenig, dass der Wettbewerb in der Schweiz etwas fehlt und es in diesen zwei Jahren gegenüber der Offerte von vor zwei Jahren schon wieder so viel teurer wurde. Trotzdem sind wir der Meinung, dass man muss arbeiten können und da muss man auch das Werkzeug dazu haben. Wir sind dafür, dass man diesen Kredit bewilligt.

Marchand Andy, FDP: Die Fraktion FDP. Die Liberalen wird der Kreditbewilligung für die Ersatzbeschaffung des Kommunalfahrzeuges auch mehrheitlich zustimmen und dankt insbesondere dem Werkhof für die geleistete Arbeit bezüglich der Vorabklärungen. Gleichwohl hat die Vorlage fraktionsintern durchaus zu Diskussionen geführt. Auch wenn im Vorfeld Varianten zum Fahrzeugtyp geprüft worden sind, wäre es unsererseits geschätzt worden, wenn allenfalls auch Finanzierungsvarianten, Alternativen, Mietoptionen oder Occasionsfahrzeuge zur Diskussion oder gar zur Abstimmung gebracht worden wären. Ausserdem stellt unsere Fraktion fest, dass die Frage, ob die Beschaffung in Bezug auf die Leistungsüberprüfung wichtig ist, mit den Unterlagen nicht beantwortet wird. Und ein Sparwille geht aus den Unterlagen auch nicht wirklich hervor. Unsere Kritik richtet sich daher nicht an die Vorabklärungen durch den Werkhof und stellt auch nicht den Bedarf nach einem Ersatz des Kommunalfahrzeuges in Frage, sondern betrifft die Form der Vorlage, welche den aktuellen Umständen zu wenig gerecht wird und der Legislative keine echten Varianten zur Wahl stellt.

Federer Guido, SP+Grüne: Um es gerade vorne weg zu nehmen, unsere Fraktion ist in Bezug auf das Geschäft gespalten. Uns stellen sich verschiedene Fragen. Die erste Frage ist: Braucht es überhaupt einen Ersatz? Der Werkhof wurde bei der Beratung dieses Geschäftes im 2019 zitiert, dass der Zustand des Fahrzeuges eigentlich gut sei. Einzig der Ölhydrostatmotor könnte ausfallen, was jetzt auch passiert ist. Dies lässt für uns jedoch den Schluss zu, dass das Fahrzeug nach einer Reparatur eigentlich wieder in einem recht guten Allgemeinzustand wäre. Die Reparaturkosten belaufen sich auf weniger als eine jährliche Abschreibungsrate. Auch wenn der Meili nach einer Reparatur nur ein Jahr länger laufen würde, hätte sich die Reparatur bereits gelohnt. Wenn man sich für einen Ersatz entscheidet, stellt sich die zweite Frage, wie man den Meili ersetzt. Wir begrüssen es, dass die Verwaltung in der Botschaft eine Variantenanalyse durchgeführt hat. Aus unserer Sicht ist diese jedoch recht oberflächlich geblieben. Für uns ist ein Elektrofahrzeug noch stärker als im 2019 eine ernsthaft zu prüfende Alternative. Es gibt mittlerweile Angebote für entsprechende Elektrofahrzeuge auf dem Markt. Die höheren Beschaffungskosten können zu einem guten Teil im Betrieb wieder eingespart werden. Da habe ich die Frage gestellt, ob die LSVA, welche beim Elektrofahrzeug wegfällt, in der Variantenanalyse des Gemeinderates auch eingerechnet wurde. Der Hersteller gibt eine Leistung mit einer Batteriefüllung von 200 Kilometer an. Danach kann das Fahrzeug mit einer Schnellladung innerhalb von einer Stunde wieder geladen werden. Ich finde, auch der Fahrer benötigt nach vier bis fünf Stunden eine Pause. Wenn man das Fahrzeug ersetzt, dann stellt sich auch noch die dritte Frage nach dem Vorgehen bei der Ausschreibung. Wenn wir uns die Anforderungen angesehen haben, dann schränken diese die potenziellen Anbieter recht stark ein. Zum Beispiel wird die Mindestmotorenleistung mit 130 PS angegeben. Ich habe mit zehn Minuten googlen herausgefunden, dass es neben den beiden Branchenleadern Meili und Aebi auch noch weitere Anbieter gibt. Zum Beispiel Holder. Sein stärkstes Fahrzeug hat 129 PS. Oder Lindner mit 122 PS. Diese erfüllen die Anforderungen jedoch nur knapp nicht. Wenn man die Anforderungskriterien so eng steckt, muss man sich auch nicht wundern oder sich darüber beklagen, dass der Markt zu klein ist und sich dann kein Wettbewerb ergibt. Auf der anderen Seite müsste man aus unserer Sicht aus der Erfahrung mit diesen horrenden Mietkosten auch Kriterien in die Ausschreibung nehmen, wie zum Beispiel die Gewährleistung von Ersatzfahrzeugen. Wie gesagt, unsere Fraktion wird uneinheitlich stimmen. Eine Rückweisung erscheint uns aufgrund des vorhandenen

Handlungsbedarfs und des Zeitdrucks nicht zielführend. Wir werden jedoch in der nächsten Sitzung ein Vorstoss mit einem Auftrag zur Prüfung der Umstellung der Fahrzeugflotte auf elektrischen Betrieb, dort wo es möglich ist, einreichen.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Uns hat vor allem die Variantenprüfung gefallen und auch, dass man uns im Parlament diese Variantenprüfung offengelegt hat. Weiter finden wir positiv, dass trotz höherem Richtangebot, im Rahmen der Verzichtsplanung der Kredit um ca. 30'000 Franken tiefer beantragt wird, als die Richtofferte ist. Dort kann ich euch also aus Erfahrung sagen, ich bin vielfach auf der anderen Seite als Anbieter in meinem Job von solcher Technik, dass es dann schon noch recht wirksam sein wird, wenn man einem Lieferanten sagt, dass man zwar seine Technik in diesem Umfang haben möchte, wir jedoch nur bereit sind, so viel zu zahlen, weil der Kredit tiefer ist. Da habe ich das Gefühl, dies wird schon noch wirksam sein. Was wir jedoch weiterhin erwarten, dass das Evaluationsverfahren trotz interessantem Mietnachlass der Firma Aebi unvoreingenommen durchgeführt wird. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Kreditantrag zu.

Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Besten Dank für eure Voten und zum grossen Teil für die Zustimmung zur Geschäftsvorlage, wie sie bei euch angekommen ist und auch vorliegt. Ich muss sagen, dass solche Geschäfte von Kommunalfahrzeugen für mich schwierige Geschäfte sind. Einerseits hat man das Fahrzeug vor zwei Jahren aus bekannten Gründen zurückgestellt. Man dachte, dass man Kosten einsparen kann und einmal einen neuen Weg gehen, weil die Kommunalfahrzeuge einfach unendlich viel Geld kosten. Dies ist eigentlich sehr unbefriedigend. Es sind wenig Anbieter auf dem Markt und diese beherrschen eigentlich die ganze Szene. Dies ist im ganzen Geschäft sehr unbefriedigend. Wenn man schon nur bedenkt, dass für Reparaturen, Unterhalt und so weiter über die Dauer von zehn Jahren nochmals Kosten in der Höhe des Kaufpreises anfallen. Dies ist eigentlich enorm und ganz verrückt. Ihr seht, dass für uns in der heutigen Zeit klar war, dass man das Thema Elektrofahrzeug vertieft anschauen muss. Ihr seht dort die Vergleiche, welche wir im Zusammenhang der Betriebskosten gemacht haben. Ihr seht auch die Anschaffungspreise, wo das Elektrofahrzeug oben ausschwingt. Das Erstaunliche ist dann bei den Unterhaltskosten, dass diese auf zehn Jahre gerechnet nicht unwesentlich teurer sind als bei den beiden anderen Varianten. Dies ist eigentlich bekannterweise so, dass Elektrofahrzeuge im Unterhalt eigentlich wesentlich günstiger sind als andersbetriebene Fahrzeuge. Dies steht dort auch ganz klar warum. Man hat Einsparungen in den Unterhaltskosten von jährlich 1'150 Franken. Was dies bedeutet und warum, ist auch geschrieben. Wenn man dies mal zehn rechnet, dann macht dies 11'000 Franken. Wenn man nach dem Rechnungsmodell geht, dann kann man dies oben abziehen und so kommen wir auch auf die 13'000 Franken im Unterhalt. Wenn man jedoch alles einrechnet, wie es Guido auch gesagt und auch gefordert hat, dann sieht man auch, dass die Kosten pro Stunde noch deutlich gegen das Elektrofahrzeug sprechen. Dazu kommt noch, dass die Ladeinfrastruktur und alles zusammen eigentlich noch fehlt. Es ist so, dass wir ein Elektrofahrzeug hier in der Gemeinde nicht selber getestet haben. Wir haben jedoch Burgdorf um eine Stellungnahme gebeten. Sie haben dieses getestet. Sie schreiben uns folgendes: "Guten Tag Bruno, Hier meine Erfahrungen mit dem eTransporter VT450:" Das Fahrzeug, welches wir jetzt als Mietfahrzeug haben, gibt es auch als Elektrofahrzeug. Sie schreiben hierzu: "Im normalen Einsatz wie im Strassenunterhalt, Bachunterhalt oder Kranarbeiten ist die Einsatzdauer ohne Unterbruch möglich. Im Winterdienst konnten wir die Salzroute ohne Unterbruch zum Laden der Batterie bedienen. Jedoch beim kombinierten Einsatz Schneeräumung und Salzen konnten nur rund 50 Prozent der Route bedient werden, danach mussten die Batterien geladen werden. Für mich ist das Fahrzeug für den Sommereinsatz soweit tauglich, jedoch kommt dieses Gerät mit dieser Batterieleistung für den Winterdienst so nicht in Frage." Dies ist also die Aussage von Burgdorf, welche dies getestet hat. Wir waren der Meinung, dass wir auf einen Test des Elektrofahrzeuges verzichten, da die Zeit nach dem Ausfall des Meili im Februar zu kurzfristig und kurz gewesen wäre, dies noch zu testen. Wenn wir ja bereits ein Bericht haben und Burgdorf diese Erfahrungen gemacht hat, dann müssen wir hier in Worb dies nicht selber auch noch machen. Dies benötigt wieder Zeit und ist ein zusätzlicher Aufwand, daher haben wir eigentlich auch darauf verzichtet. Wir haben auch in den Kredit, den wir im Gemeinderat geholt haben, für das Ersatzfahrzeug von 53'000 Franken noch 5'900 Franken für den Fall der Fälle eingerechnet, dass wenn man noch Auswärtige für die Schneeräumung hätte einmieten müssen. Mit dem Mietfahrzeug, welches wir von Aebi hatten, hätte man Schnee nicht räumen können. Also haben wir gesagt, wenn man dies nicht kann, dann werden wir dies, wenn es nötig ist, von auswärts einkaufen. Glücklicherweise haben wir diesen Kredit von 5'900 Franken nicht beansprucht. In diesem Zusammenhang haben wir gesagt, dass wir dies noch sein lassen. In zwei Jahren müssen wir einen gleichen Typen ersetzen, dieser ist dann nach zwölf Jahren auch nach. Ich hoffe, dass dann nicht wieder kurz vor dem Wechsel ein Totalausfall

stattfindet. Die Hoffnung stirbt zuletzt. Ich bin überzogen, dass in zwei Jahren die Rechnung in Bezug auf Elektrofahrzeug mit dem Stand der Technik aufgehen wird. Wenn man sieht, wie die Technik diesbezüglich vorwärts geht, auch in Bezug auf das Recycling und die Entsorgung der Batterien und die Aufarbeitung und alles drum herum, dann bin ich überzogen, dass wir in zwei Jahren an einem ganz anderen Punkt stehen. Wahrscheinlich auch im Zusammenhang mit den Kosten natürlich an einem anderen Ort stehen. Für uns ist ganz klar, dass wir dies im Auge behalten müssen und wir werden dies auch im Auge behalten, so dass wir von den fossilen Brennstoffen hier in den Gemeindebetrieben weg kommen. Dies noch zur Evaluation im Zusammenhang mit den verschiedenen Varianten, welche eigentlich in den Geschäftsunterlagen auch aufgelegt sind und man auch einsehen konnte. Dennoch wollte ich hier kurz ein paar Worte dazu sagen. Es wurde von der GPK auch noch gefragt, was mit dem alten Fahrzeug passiert. Es ist so, dass man das alte Fahrzeug nicht mehr gebrauchen kann. Auch die Kippbühne und alles andere ist ziemlich nachgenommen und verrostet. Um dies zu verkaufen, ist kein Markt mehr vorhanden. Ausser allenfalls ein Privater, welcher das Fahrzeug für sich haben möchte, aber dann darf er nicht einmal eine Autonummer einlösen. Der Occasionhandel mit solchen Kommunalfahrzeugen ist bestenfalls noch bei Wischmaschinen vorhanden, weil hier grössere private Betriebe solche Fahrzeuge noch kaufen oder für in Gruben, wo sie allenfalls keine Nummern einlösen müssen. Dort ist ein kleiner Markt noch vorhanden, um diese weiter zu verkaufen. Es wurde von dir, Guido, noch gesagt, dass die Anforderungskriterien eng gesetzt wurden. Wir sind aufgrund von Erfahrungen der Meinung, dass wir vier Anbieter haben, welche die Anforderungen erfüllen und ich denke, dass dies eigentlich ausreichen sollte. Wenn man in diesem kleinen Markt vier Anbieter hat, welche eine Offerte machen können, dann sollte dies eigentlich reichen. Dann machen wir diesen nicht noch auf für weitere Anbieter. Vielleicht noch kurz, was wir in diesem Zusammenhang erlebt haben, wo uns die Maschine ausgestiegen ist. Wir haben Meili auch angefragt, wie es bei ihnen aussieht, ob wir bei ihnen auch ein Fahrzeug mieten können. Meili hat ganz klar gesagt, nein, der Gemeinde Worb vermieten sie kein Fahrzeug. Der Grund dafür ist, weil wir uns erlaubt haben, vor zwei Jahren eine Offerte aus dem Ausland einzuholen, weil uns interessierte, wie teuer die Meili-Fahrzeuge eigentlich im Ausland sind. Dies ist eigentlich schon verrückt. Solche Sachen muss man sich leisten können. Da seht ihr, welche Abhängigkeit man von diesen paar wenigen Anbietern hat. Eigentlich sollten wir uns als Gemeinden zusammenschliessen und schauen, ob wir wie ein Pooling machen könnten, aber vielleicht würde man dann von der Wettbewerbskommission wieder zurück gepfiffen. Ich finde, dass die wenigen Anbieter die Gemeinden recht fest in der Hand haben. Dies ist eigentlich sehr unbefriedigend. Ich habe von der FDP noch Finanzierungsmöglichkeiten oder Leasing aufgeschrieben. Leasinggeschäfte in diesem Bereich sind eigentlich gut für die Banken und Versicherungen, welche diese vermitteln und dann die Leasingverträge auch abschliessen. Ich denke, als Finanzierungsmöglichkeit für die Gemeinden ist dies sehr unbefriedigend und unüblich, so wie der Stand der Kenntnisse von mir ist. Die Form der Vorlage hast du, Andy, noch erwähnt. Ja, wie soll sie daher kommen? Dies musst du mir noch sagen, was du dir genau vorstellst. In welcher Form, dies daher kommen soll. Ich habe dies noch nicht genau herausgehört oder begriffen, wie du dies gemeint hast. Dies waren meine Ergänzungen und Ausführungen zu diesem Geschäft und ich wäre euch wirklich dankbar, wenn ihr diesem Kreditantrag von 190'000 Franken zustimmt, wo wir aus gewissen Überlegungen so gemacht haben, wie es Hans Ulrich Steinmann auch angetönt hat. Ich danke euch schon zum Voraus, wenn ihr dem Kredit so zustimmt.

#### Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 22 zu 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

#### Beschluss

entstanden:

#### Beschluss:

1. Für den Ersatz des Meili VM 3500 für den Werkhof wird ein Verpflichtungskredit von 190'000 Franken bewilligt; betroffen ist das Konto 335.5060.03 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

**Postulat der SVP-Fraktion mit dem Titel "Verbesserung Signalisation Radweg Rubigenstrasse"**

Sitzung Nr. 403	Datum 17.05.2021	Traktandum 5	Beschlussnummer 2021/24-28	Geschäftsnummer 34286	Archivnummer 56/2
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	----------------------

"Ausgangslage: Entlang der Rubigenstrasse, zwischen Worb und Worb SBB verläuft ein Trottoir, welches die Fussgänger sicher in beide Richtungen führt. Zwischen dem Bächelmatt-Kreisel Richtung Station Worb SBB ist auch der Veloverkehr auf dem Trottoir gestattet. In Anbetracht des starken Verkehrsaufkommens auf dieser Strecke, macht das auch Sinn. Offensichtlich ist den meisten Velofahrenden nicht bewusst, dass das Fahren mit Velo auf dem Trottoir erlaubt ist. Die meisten Velofahrenden benützen nicht das Trottoir, sondern fahren auf der Strasse. In beide Richtungen ist das Überholen eines Velofahrenden nicht möglich, da die Strassenbreite von nur 2.80 m und einer Sicherheitslinie auf einem Teil der Strecke, dies verhindert. Trotz oder gerade wegen dieser Umstände kommt es auf der Rubigenstrasse immer wieder zu gefährlichen Überholmanövern, welche besonders im Zusammenhang mit LKW's die Sicherheit des Langsamverkehrs stark beeinträchtigen. Auftrag: Der Gemeinderat wird beauftragt zusammen mit dem Kanton, die Signalisation für die Benützung des Trottoirs für Velofahrende zu verbessern. Es soll für die Velofahrenden klar ersichtlich sein, dass das Befahren des Trottoirs erlaubt ist. Ziel soll sein, dass die meisten Velofahrenden zur eigenen Sicherheit das Trottoir befahren, resp. dass kaum mehr Velos auf der Strasse fahren und überholt werden müssen. Die rechtlichen Grundlagen für die Benützung des Trottoirs durch Velos ist bereits gegeben. Begründung: Eine klare Signalisation, dass das Befahren des Trottoirs in beide Richtungen erlaubt ist, kann ohne grossen Aufwand bewerkstelligt werde. Durch diese Massnahme wird eine markante Verbesserung der Sicherheit auf dem Strassenabschnitt Rubigenstrasse für den Langsamverkehr erreicht."

**Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Worblentalwärts nach Enggistein"**

Sitzung Nr. 403	Datum 17.05.2021	Traktandum 6	Beschlussnummer 2021/24-29	Geschäftsnummer 34287	Archivnummer 33/20/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

"Der Gemeinderat soll eine Verlängerung des bestehenden Spazier- und Wanderwegs "Worbletalwärts" entlang der Worble bis in die Bächumatt und weiter Richtung Richtigengraben prüfen (siehe Plan). Damit wird Worb und das attraktive Worblental auch von Enggistein zu Fuss gut erreichbar. Seit Oktober 2015 ist die Region Bern-Mittelland um eine Attraktion reicher: Der Spazier- und Wanderweg "worbletalwärts!" lädt ein, das landschaftlich reizvolle Worblental zu Fuss zu erkunden — von Worblauen bis nach Worb. Der Wanderweg endet heute leider beim Gemeindehaus auf dem Bärenplatz. Wandernde, die weiter entlang der Worble in die Bächumatt oder nach Enggistein wollen, landen dann oft vor den Abschränkungen bei den Tennisplätzen und fragen verzweifelt nach dem Weg. Mit einer Schliessung der bestehenden Lücken zwischen dem Richtigengraben und der Agrobaüberbauung sowie zwischen dem Rubigenkreisel und der Sternematt wäre Worb und das Worblental von Enggistein aus über den Richtigengraben und anschliessend entlang der renaturierten Worble besser erreichbar."

**Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Effiziente Planung der Parlamentssitzungen"**

Sitzung Nr. 403	Datum 17.05.2021	Traktandum 7	Beschlussnummer 2021/24-30	Geschäftsnummer 34288	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

"Der Gemeinderat wird gebeten, die nachfolgende Frage zu beantworten: 1. Aufgrund von welchen Kriterien wird entschieden, wann welches Geschäft dem Parlament zur Beschlussfassung unterbreitet wird? 2. Inwiefern ist eine effiziente Bündelung der Geschäfte möglich? 3. Wie viel kostet die Durchführung einer Parlamentssitzung? Begründung: Im letzten Jahr wurden vermehrt GGR-Sitzungen mit wenigen Traktanden durchgeführt. Einige Traktanden waren nach Auffassung der FDP-Fraktion nicht so dringend, als dass sie nicht um eine

Sitzung nach hinten hätten verschoben werden können. Die Organisation und Durchführung einer Parlaments-sitzung ist für die Gemeinde und alle anderen Beteiligten mit finanziellem und zeitlichem Aufwand verbunden. Der FDP ist es ein Anliegen, dass die Sitzungsplanung so effizient wie möglich gestaltet werden kann, so dass der Aufwand sowohl für die Gemeinde als auch für die Ratsmitglieder in einem guten Verhältnis steht. Sind nur wenige, nicht dringende Geschäfte traktandiert, so sollte die Möglichkeit einer Verschiebung von Traktanden in Betracht gezogen werden können."

**(Dringliche) Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Verkehrschao in Worb; was tut die Gemeinde?"**

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 403	17.05.2021	8	2021/24-31	34289	56/2

"Der Gemeinderat wird gebeten, den Interpellanten folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Erwägungen führten dazu, die Bahnhofstrasse einseitig für den Verkehr zu sperren?
- Welchen Stellenwert wurde dabei den Bedürfnissen der ansässigen Gewerbetreibenden beigemessen?
- Warum wurde auf der Bahnhofstrasse kein Zubringer-Regime für das ansässige Gewerbe realisiert?
- Wie vereinbart der Gemeinderat sein Verkehrsregime mit dem Gleichbehandlungsgebot, wenn auf der einen Seite zu Gunsten der Gewerbetreibenden im Bären-Areal der Kirchweg geöffnet wurde, und auf der anderen Seite die Bahnhofstrasse ohne Not Einschränkungen erfährt?
- Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, die Gewerbetreibenden im Ortskern von Worb nach mehreren Schicksalsschlägen ("Lädelisterven", COVID-19 Pandemie, Verkehrsbehinderungen) zu Hilfe zu kommen?
- Wurde geprüft, ob die nun in Realisierung stehenden Strassenbauprojekte allenfalls während der COVID-19-Pandemie ("Lockdown") hätten realisiert werden können? Warum wurde dies verworfen?
- Mit welchen Sofortmassnahmen ist der Gemeinderat bereit, Abhilfe zu schaffen?

Begründung: In Worb herrscht seit einigen Wochen ein regelrechtes Verkehrschao. Nachvollziehbar ist, dass die grossen Umbauarbeiten zu Einschränkungen für alle führen. Für die FDP unverständlich ist aber, mit welcher Nonchalance der Gemeinderat die erheblichen Einschränkungen für unser Gewerbe hinnimmt und mit welcher Kurzfristigkeit er diese kommuniziert. Für die FDP hätte es hier entschieden bessere Lösungen und entschieden mehr Einsatz vom Gemeinderat gebraucht. Unser Gewerbe als Rückgrat unserer lokalen Wirtschaft verdient nicht weniger. Die FDP erwartet daher vom Gemeinderat eine Erklärung im Sinne der Beantwortung der vorstehenden Fragen. Begründung der Dringlichkeit: Die Verkehrssituation in der Gemeinde Worb muss heute, nicht morgen verbessert werden!"

**Interpellation der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Fusswegverbindung Richigengraben"**

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 403	17.05.2021	9	2021/24-32	34290	33/20/0

"Der Richtplan Verkehr & Naherholung mit dem Massnahmenblatt MB31 "Fusswegverbindung Richigengraben" wurde am 16. Juni 2018 vom Gemeinderat genehmigt und legt den Ausbau der Fusswegverbindung behördenverbindlich fest. Der Richigengraben zieht viele Erholungssuchende an. Der Graben verbindet Worb mit dem Naherholungsgebiet Enggistein und soll gemäss MB31 durch den waldigen Graben kurzfristig attraktiver gestaltet und mittelfristig im oberen Bereich ausgebaut werden. Der Fussweg ist heute im unteren Bereich in einem sehr schlechten Zustand und führt im oberen Bereich nach wie vor über das Areal der "Filzi". Bereits heute ist der Weg über dieses Areal nicht einladend. Mit der Teilortsplanungsrevision "TOP 2020" soll das Areal in eine Arbeitszone b überführt werden, in der noch 6-8 Meter höher gebaut werden könnte. Zur Sicherung und Gestaltung der Wegstrecke durch den Richigengraben und zum Ausbau im oberen Bereich entlang des südlich orientierten Waldrandes haben wir folgende Fragen an den Gemeinderat: 1. Wann wird die untere Wegstrecke durch den Richigengraben gesichert und attraktiver gestaltet? 2. Welches ist der Stand der Vorabklärungen zum Ausbau im oberen Bereich? 3. Haben bereits Gespräche mit den Grundeigentümern und der Waldabteilung Voralpen stattgefunden? 4. Bis wann ist mit der Ausführung entlang des südlich orientierten Waldrandes zu rechnen."

Bruno Fivian  
Präsident

Jürg Bigler  
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 21. Juni 2021

Jürg Bigler  
Sekretär